

Positionspapier zum Defence Omnibus

BDLI Bundesverband der Deutschen Luft-
und Raumfahrtindustrie e. V.

BDSV Bundesverband der Deutschen Sicherheits-
und Verteidigungsindustrie e. V.



Einleitung

Die europäische Verteidigungsindustrie steht angesichts globaler Krisen und sicherheitspolitischer Herausforderungen unter wachsendem Druck, ihre Produktionskapazitäten auszubauen, Innovationszyklen zu beschleunigen und Lieferketten resilient zu gestalten. Die regulatorischen Rahmenbedingungen auf EU (Europäische Union)-Ebene jedoch sind bislang nicht ausreichend auf die besonderen Bedürfnisse des verteidigungsindustriellen Sektors abgestimmt. Mit dem „Defence Omnibus“ hat die Europäische Kommission ein wichtiges Instrument zur Entbürokratisierung und strukturellen Erleichterung angekündigt. Der BDLI begrüßt diese Initiative und formuliert im Folgenden zentrale Vorschläge und Forderungen.

Fazit

Der Defence Omnibus ist eine Chance, regulatorische Blockaden zu beseitigen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie zu stärken. Der BDLI appelliert an die Europäische Kommission, die hier skizzierten Maßnahmen rasch umzusetzen, um Sicherheit, Souveränität und Innovationskraft Europas langfristig zu sichern.

1. EU-Rechtsrahmen für Verteidigungsprojekte

Harmonisierung von IPR (Intellectual Property Rights (Rechte an geistigem Eigentum))–Regelungen und Mustern für MoUs innerhalb EDF (European Defence Fund (Europäischer Verteidigungsfonds))

Aktuell existieren unterschiedliche Anforderungen an geistiges Eigentum (IPR) durch nationale Verteidigungsministerien, was die Konsortialbildung und Vertragsgestaltung erschwert. Einheitliche Regelungen und MoU (Memorandum of Understanding (Absichtserklärung))–Vorlagen würden die Koordination und Effizienz von EDF-Projekten erheblich verbessern.

Zentrale Ownership Control Datenbank (OCA (Ownership Control Datenbank))

Eine EU-weite Datenbank, in der Unternehmen ihre Eigentümerstruktur und andere standardisierte Angaben nur einmal registrieren müssen, würde den Wiederholungsaufwand bei wiederkehrender Antragstellung verringern und Konsortialbildung erleichtern.

Gegenseitige Anerkennung von Produktionsgenehmigungen

Bislang sind neue Produktionslinien stets national zu genehmigen – ohne wechselseitige Anerkennung. Eine gegenseitige EU-weite Anerkennung würde Genehmigungsprozesse beschleunigen und Kapazitätsausbau erleichtern.

2. Planungs- und Genehmigungsverfahren

Temporäre Ausnahmen von der UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung)–Richtlinie für Rüstungsinvestitionen

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verzögert oft genehmigungsrelevante Rüstungsprojekte. Eine befristete Ausnahmeregelung für sicherheitsrelevante Investitionen würde Planungssicherheit schaffen.

Einführung eines EU-weiten Priorisierungsmechanismus

Analog zum Net Zero Industry Act sollte es auf EU-Ebene ein Instrument geben, das strategische Investitionen in der Verteidigungsindustrie bevorzugt behandelt und Genehmigungsverfahren vereinfacht.

3. Materialverfügbarkeit und Lieferketten

Schnellverfahren für kritische Stoffe

Viele Schlüsselmaterialien (z. B. PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen)) unterliegen strengen Zulassungsprozessen, die zeitaufwendig sind. Ein priorisiertes Verfahren mit beschleunigter Prüfung für verteidigungsrelevante Materialien ist notwendig.

Aufbau strategischer Rohstoffreserven

Die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe muss auch im Krisenfall sichergestellt werden. Verteidigungsspezifische Vorräte sollten gezielt aufgebaut und über europäische Förderstrukturen abgesichert werden.

Ausnahmen für klassifizierte Produkte

Berichtspflichten wie SCIP (Substances of Concern In articles as such or in complex objects (Products)) oder REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) Art. 33 sind für Produkte mit nationaler Sicherheitsrelevanz problematisch. Eine Ausnahmeregelung für klassifizierte Produkte ist erforderlich, um Sicherheitsrisiken und Datenabfluss zu vermeiden.

4. Personalverfügbarkeit und Förderung

Förderung von Ausbildungsgängen im Verteidigungsbereich über Kohäsionsfonds

Fachkräftemangel ist ein wachsendes Problem in der Branche. Förderprogramme für duale Ausbildungen oder Fachkräfteschulungen in Rüstungsberufen sollten über die Kohäsions- oder Strukturfonds förderfähig gemacht werden.

Anerkennung des Verteidigungssektors in der EU-Bildungsförderung

Verteidigungsrelevante Berufsausbildungen und Studiengänge müssen als förderfähige Qualifizierungen in EU-Programmen (z. B. Erasmus (EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport)+, ESF (Europäischer Sozialfonds Plus)+) anerkannt werden.

5. ESG (Environmental, Social, Governance) – Regularien und Finanzierung

Verteidigungsausgaben für NATO-/EU-Mitglieder als nachhaltig im Sinne der Taxonomie einstufen

Waffenexporte an Bündnispartner zur Verteidigung sind sicherheitsrelevant. Diese sollten im Rahmen der EU-Taxonomie als nachhaltig gelten, analog zur Regelung bei der Kernenergie.

Reduktion der Berichtspflichten (z. B. CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive)) auf Tier-1-Lieferanten

Die vollständige Nachverfolgung von ESG-Daten über mehrere Lieferkettenstufen hinweg ist realitätsfern. Eine Begrenzung auf Tier-1-Zulieferer erhöht Umsetzbarkeit ohne Verlust an Transparenz.

„Comply or Explain“-Ansatz bei DNSH (Do No Significant Harm (Keinen erheblichen Schaden verursachen))-Kriterien

Unternehmen sollten die Möglichkeit haben, von bestimmten Berichtsanforderungen abzuweichen, sofern dies begründet und transparent erfolgt. Dies erhöht die Praxistauglichkeit der Regulierung für die Industrie.

6. Vergabeverfahren

Streichung von Reverse Auctions gemäß Richtlinie 2009/81/EG

Diese Vergabeformate führen zu ruinösem Preiswettbewerb und schaden insbesondere mittelständischen Unternehmen. Sie sollten aus dem Vergaberechtsrahmen gestrichen werden.

Längere Laufzeiten von Rahmenverträgen

Derzeit sind diese in der Regel auf sieben Jahre begrenzt. Eine Ausweitung auf zehn Jahre erhöht die Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft der Industrie.

Förderung funktionaler Leistungsbeschreibungen

Statt detaillierter technischer Vorgaben sollten Ziele und Funktionen beschrieben werden, um Innovationen zu ermöglichen und den Aufwand für Ausschreibungen zu reduzieren.

7. Innergemeinschaftlicher Transfer von Rüstungsgütern

Stärkung der Durchsetzung der ICT (Internal Community Transfer (innergemeinschaftlicher Transfer))-Richtlinie (2009/43/EG)

Obwohl die Richtlinie einheitliche Regeln schaffen sollte, wird sie national oft unzureichend umgesetzt. Eine verbindlichere Durchsetzung würde die innergemeinschaftliche Verbringung erleichtern.

Einführung eines EU-weiten Transferzertifikats

Ein einheitliches Zertifikat würde Verwaltungsaufwand reduzieren, Rechtssicherheit erhöhen und grenzüberschreitende Projekte beschleunigen.

8. Informationsaustausch & Klassifizierung

Aufbau einer gemeinsamen EU-Sicherheitsplattform

Eine sichere digitale Plattform für den Austausch klassifizierter Inhalte würde die Zusammenarbeit in Konsortien wesentlich verbessern.

Harmonisierung von Klassifizierungsniveaus

Unterschiedliche nationale Einstufungen behindern die Zusammenarbeit. Eine abgestimmte EU-Logik zur Einstufung von Informationen würde Prozesse vereinfachen.

9. Zertifizierung & Anerkennung

Einführung eines EU-weiten Cross-Certification-Standards

Nationale Zulassungsverfahren dauern oft lange und sind schwer vergleichbar. Ein standardisiertes Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung würde Prozesse erheblich beschleunigen.

Abbau nationaler Sonderregelungen

Die Vielzahl unterschiedlicher nationaler Anforderungen verursacht hohen Aufwand in multinationalen Projekten. Einheitliche EU-Regeln sind erforderlich.

10. Programme wie EDF, EDIRPA (European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act), ASAP (Act in Support of Ammunition Production)

Einheitliche MoU- und IPR-Richtlinien

Unterschiedliche Anforderungen zwischen Mitgliedstaaten führen zu Verzögerungen. Einheitliche Standards verbessern die Antragstellung und Projektabwicklung.

Einführung eines einheitlichen digitalen Portals zur Projektabwicklung

Derzeit existieren verschiedene Plattformen mit unterschiedlichen Anforderungen (SyGMA (System for Grant Management), S-CIRCABC (Communication and Information Resource Centre for Administrations, Businesses and Citizens)). Eine einheitliche, benutzerfreundliche Plattform wäre effizienter und sicherer.

11. Weitere Programme & Vereinfachungen

Verteidigung explizit als förderfähig in Horizon Europe & InvestEU (Investitionsoffensive für Europa) zulassen

Viele Förderprogramme schließen Verteidigung faktisch aus. Dabei sind dual-use-Technologien zunehmend relevant – hier ist eine Öffnung geboten.

Ausnahmen bei DNSH, Scope 3 (Indirekte Emissionen entlang der Wertschöpfungskette), Endnutzer-Reporting im ESG-Bereich

Diese Pflichten führen bei Rüstungsprodukten zu potenziellen Sicherheitsrisiken. Ausnahmen sind notwendig, um sensible Daten zu schützen und Prozesse zu entlasten.

Harmonisierung von Definitionen & Vorgaben für KMU (Kleine und mittlere Unternehmen)

Kleine und mittlere Unternehmen sind besonders von regulatorischer Komplexität betroffen. Einheitliche Begriffe und angepasste Schwellenwerte schaffen Klarheit und entlasten die Unternehmen.

Über die Luft- und Raumfahrtindustrie

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, vertreten durch den BDLI e. V., ist integraler Bestandteil der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Branche spielt als strategische Schlüsselindustrie eine entscheidende Rolle für die technologische und wirtschaftliche Souveränität der Europäischen Union. Sie befördert wirtschaftliches Wachstum, technologische Innovation und internationale Konnektivität. Allein in Deutschland trägt die Branche mit über 115.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 46 Mrd. Euro erheblich zum BIP bei.

Über Dekaden hinweg hat sich Europa in gemeinsamer Anstrengung von Industrie, Mitgliedsstaaten und Europäischer Union eine Führungsposition in der Luft- und Raumfahrtindustrie erarbeitet. Diese gilt es gegenüber den internationalen Wettbewerbern zu erhalten und weiter auszubauen. Angesichts tiefgreifender technologischer, politischer und industrieller Veränderungen sind hierfür nachhaltige Investitionen in Forschung und Innovation notwendig.

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V.

ATRIUM | Friedrichstr. 60 | 10117 Berlin
Tel. +49 30 2061 40-0 | kontakt@bdli.de



www.bdli.de

Über die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der BDSV vertritt die gebündelten Interessen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). Damit unterstützt er die Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb. Er versteht sich dabei als Ansprechpartner für Unternehmen aller Größenordnungen eines sich stark wandelnden Wirtschaftssektors.

Der BDSV fungiert als Point of Contact der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und als Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien. Übergeordnete Ziele sind der Erhalt und der Ausbau der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Der BDSV ist Mitglied beim BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), in der ASD (AeroSpace & Defence Industries Association of Europe), NIAG (NATO Industrial Advisory Group) und der DWT (Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik).

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V.

ATRIUM | Friedrichstr. 60 | 10117 Berlin
Tel. +49 30 206 1899-00 | bdsv@bdsv.eu



www.bdsv.eu